

Schwerpunkte deutscher Außenpolitik

1. Grundsätze

Eine ethisch ausgerichtete deutsche Außenpolitik muss zunächst die vollständige internationale Souveränität Deutschlands im guten Einvernehmen mit allen Völkern zurückerlangen. Einer dritten Generation nach dem II. Weltkrieg sind weitere Sonderdienste nicht zuzumuten. Die deutsche Verantwortung vor der Geschichte wird betont. Erinnerung bleibt das beste Mittel gegen Wiederholung von Fehlern oder Fehlverhalten.

Grundsätzlich ist deutsche Außenpolitik werteorientiert, weitgehend offen einsehbar und richtet sich aus an den gemeinsamen Interessen aller Völker und Menschen. Die Umsetzung der UN-Millenniumsziele ist dabei unverzichtbar (Refinanzierung: Tobin- und Luxussteuer). Die Freiheit aller Völker und der ihnen verpflichteten Regierungen von globalen Mächten der Konzerne und Superreichen ist ein hohes Ziel, vor allem bei Finanz-, Medien-, Energie- und Gesundheitsfragen.

Deshalb darf nach dem Willen der Deutschen Mitte keine nationale Währung den Charakter einer Weltwährung annehmen, vielmehr ist eine tatsächlich und kontrolliert neutrale Welt-Austauschwährung unter Aufsicht öffentlicher Notenbanken anzustreben. Diese Notenbanken sollen ihrerseits von der staatlichen Politik stets und grundsätzlich unabhängig handeln können. Dabei müssen alle Staaten bei Entscheidungen internationaler Organisationen weit demokratischer eingebunden und beteiligt werden als bisher, eine Machtkonzentration in wenigen Händen lehnt die Deutsche Mitte ab.

Dies gilt auch für internationale und weltweit tätige Einrichtungen wie den Weltwährungsfonds und die Weltbank sowie die tiefgreifend zu reformierende internationale Gerichtsbarkeit (derzeit noch mit Sitz in den Haag), der sich alle Staaten der Welt ausnahmslos unterzuordnen haben.

Daraus leiten sich verschiedene vorrangige Ziele ab:

Deutsche Außenpolitik nimmt selbstverständlich Rücksicht auf gewachsene Beziehungen nach dem II. Weltkrieg, entwickelt sich jedoch vorrangig zu einer Nachbarschaftspolitik im weitesten Sinne. Diesem Ziel dient die Schaffung einer europäisch-nachbarschaftlichen Sicherheitsdoktrin starker Nationalstaaten mit allen Nachbarn und Freunden in- und außerhalb Europas.

Die Deutsche Mitte strebt einen Friedensvertrag für Deutschland an, dafür sucht sie das Miteinander mit allen Völkern; dazu gehört für die Deutsche Mitte auch der Abzug aller fremden Truppen von deutschem Territorium, einschließlich aller Nuklearwaffen.

Die Deutsche Mitte strebt einen Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone an, nicht als erstes, jedoch als zweites Land.

Die Globalisierung muss allen Menschen, vor allem den notleidenden, zugute kommen – ebenso wie die Regionalisierung. Extreme bei arm und reich sind wieder anzunähern, auch durch bessere globale Gewerkschaftsbeziehungen und Bindungen der Friedensbewegung. Demokratische Teilhabe ist zu ermutigen.

Außenpolitik als Friedenspolitik, Europa und seine Nachbarn, allen voran Russland und die islamischen Länder, stehen im Mittelpunkt unseres Interesses – ebenso wie die neuen globalen Kraftzentren.

Eine besondere Freundschaft zum amerikanischen Volk ist für Deutschland ebenso unverzichtbar wie eine besondere Verantwortung für ganz Palästina. Die Freundschaft zu Frankreich, Russland und Polen wird Kern der neuen nachbarschaftlich aufgebauten Freundschafts- und Sicherheitsarchitektur.

2. Europa

Europa und dessen gesunde Entwicklung ist das Fundament deutscher Außenpolitik – und benötigt einen Neustart. Die Deutsche Mitte fördert das gerechte und soziale Zusammenwachsen Europas. Gesunde Nationalstaaten und die politische Teilhabe aller Bürger und Parlamente bei wichtigen Entscheidungen und Personalfragen sind als Ausgangsbasis dafür unerlässlich. Sinnvolle Hochtechnologie und verantwortliche Wirtschafts- und Finanzstrukturen müssen im Dienst der Menschen stehen, auf der festen Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Europa ist eine christlich geprägte Kultur- und Wertegemeinschaft, die sich kraftvoll für andere Einflüsse öffnen kann: Heimat, Sprache und Kultur sind hohe Güter und unverzichtbar.

2.1. Schuldenkrise

In der aktuellen Schuldenkrise fordert die Deutsche Mitte die uneingeschränkte und sofortige Beachtung sämtlicher Verhaltensregeln, die die Bundesregierungen den deutschen Steuerzahlern bei Einführung der Währungsunion versprochen haben:

- keine Finanz-Unterstützung für marode Euro- oder EU-Partner
- keine ungesicherten Transferleistungen (Besicherung heute nur noch bestenfalls in dreifacher Nominalhöhe)
- strikte Stabilitätspolitik
- Kontrolle gewählter Parlamente und Führungspersonlichkeiten über die Politik, ohne Ausnahmen und Sonderregelungen

Bisher eingegangene Verpflichtungen sind rechtswidrig erfolgt und werden einvernehmlich zurückgenommen. Sollte darüber die Währungsunion zerbrechen, soll dies gerade auch für die besonders in Not geratenen Völker der Beginn gemeinsam zu vereinbarenden, nachhaltig tatsächlich rettender Reformen sein – ohne Sonderrücksichten auf Krisengewinnler.

2.2. Frankreich, Russland, Polen

Die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich bedürfen wieder erhöhter Aufmerksamkeit und Pflege, hier darf nicht zu lange auf den höchst erfreulichen Errungenschaften vergangener Jahrzehnte ausgeruht werden.

Die Beziehungen zu Polen sollen sich weiter verbessern, auch im "Weimarer Dreieck" aus Frankreich, Polen und Deutschland sowie in der trilateralen Zusammenarbeit zwischen Russland, Polen und Deutschland.

Mit Russland werden ganz erheblich und unumkehrbar freundschaftliche Beziehungen nach dem Vorbild der Verbindung zu Frankreich angestrebt, gerade auch zwischen den Zivilgesellschaften, die nicht zu Lasten anderer Beziehungen gehen. Russische Sprache und Kultur erhalten dabei viel mehr Gewicht. Sämtliche Sanktionen gegen Russland sind zu streichen und werden von Deutschland nicht weiter aufrechterhalten.

2.3. Sicherheit

Die Deutsche Mitte will die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ausbauen, diese jedoch insgesamt ethischer, defensiver und stärker an den nationalen und nachbarschaftlichen Bedürfnissen ausrichten. Wichtig wird die Bekämpfung korrupter und einseitig machtpolitisch ausgerichteter Einflüsse auf die Sicherheitspolitik. Whistleblower sind überall zu schützen – hier sind sie besonders wertvoll.

Im Konfliktfall Ukraine fordert die Deutsche Mitte ein Ende der Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes, humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung sowie eine einvernehmliche Lösung des Konflikts unter fairer Beteiligung aller relevanten Kräfte einschließlich Russlands an einer geeigneten Friedenskonferenz.

Zivil-militärische Verknüpfungen entfallen, Planungs- und Führungsfähigkeiten der EU dürfen keine Fähigkeiten erlangen, demokratisch ungenügend legitimierte EU-Politik zum Nachteil der Völker und Menschen durchzusetzen. Der Einsatz fremder und deutscher Truppen in Deutschland ist grundsätzlich zu verbieten – außer für nicht-militärische Notfälle wie z. B. Flutkatastrophen.

2.4. Auswärtiges Amt und Politik

Deutschland und Europa benötigen für die Erreichung dieser Ziele einen leistungsfähigen Auswärtigen Dienst mit leicht erhöhtem Budget (Refinanzierung: Verteidigungsbudget). Einflusspolitik soll sich zur Freundschaftspolitik wandeln, die alle gemeinsamen Interessen der Völker fördert – vorrangig gegenüber Osteuropa und den Umbruchstaaten südlich des Mittelmeers.

3. Deutsche Außenpolitik ist Friedens- und Aufbaupolitik

Militärpolitik kann nicht die Fortsetzung von Außenpolitik mit anderen Mitteln sein. Die Bekämpfung von Hunger, Not, Bildungsmangel und wirtschaftlicher Benachteiligung in der Welt bekommt hohe Priorität. Fortschritt und Wohlstand lassen sich global nur gemeinsam erreichen – ebenso wie Sicherheit.

3.1. UNO

Die neue UN-Politik internationaler Schutzverantwortung („right to protect“ – r2p) hat einzelne UN-Mitglieder veranlasst, eine Notwendigkeit zu ihrem Einsatz künstlich erzeugen zu helfen. Diese Politik ist deshalb grundsätzlich und global sowohl gleichberechtigt wie partnerschaftlich zu reformieren.

Die am 23. September 2008 erfolgte Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit der UN-Nato-Sekretariate (Joint Declaration on UN/NATO Secretariat Cooperation) ist baldmöglichst ersatzlos zu streichen, weil sie geeignet sein könnte, die Unabhängigkeit der UNO zu ihrem Nachteil zu untergraben.

Der UN-Sicherheitsrat sollte niemals vor Ablauf einer vollen Woche nach Antragstellung den Einsatz militärischer Mittel genehmigen dürfen.

Deutschland bewirbt sich weiterhin und gemeinsam mit anderen Staaten um einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

3.2. Nato und Sicherheit

In der Konsequenz einer seit dem Zufall der Sowjetunion immer unverhohlener ausgreifenden Nato und auf der Grundlage mehrerer öffentlicher Erklärungen, sah sich die Deutsche Mitte gezwungen, sich für den Austritt Deutschlands aus der Nato einzusetzen, mit klaren Maßgaben für einen möglichen Wiedereintritt entlang den neuen, ethisch begründeten, deutsch-europäischen außenpolitischen Prinzipien: Dieser Austritt könnte zu einem späteren Zeitpunkt nach unserer festen Überzeugung erst dann rückgängig gemacht werden, wenn die Nato außer dem oben erwähnten Rückzug aller ihrer Soldaten aus allen Ländern außerhalb ihres Verteidigungsraumes vier weitere wichtige Bedingungen erfüllt:

1. Die Nato muss ihren Ausdehnungsraum in Mittel- und Mitteleuropa zurücknehmen auf den Stand, der zum Zeitpunkt nach der politischen Öffnungserklärung des damaligen letzten sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow im Oktober 1988 und vor dem Truppenrückzug der Sowjetunion aus Mittel- und Mitteleuropa erreicht war. Als Stichtag dafür soll der 1. Januar 1989 gelten.

Hintergrund für diese Entscheidung der Deutschen Mitte ist, dass Nato-Mitglieder durch einzelne Regierungsmitglieder auch schriftlich zugesichert hatten, dass ein Rückzug der Sowjetunion aus ihren früheren Stationierungsorten in den Ländern des Warschauer Paktes nicht für ein Vordringen der Nato genutzt werden sollte; an diese Zusicherungen hat sich die Nato seitdem jedoch niemals gehalten – und von Anfang an begonnen, auf die betroffenen Länder, deren Regierungen und Bevölkerungen sowohl heimlich als auch offen auf allen nur denkbaren Wegen Einfluss zu nehmen.

Der Deutschen Mitte geht es darum, dass die Nato wieder das wird, wozu sie ursprünglich bei ihrer Gründung gedacht war: ein verlässliches Verteidigungsbündnis, das die Souveränität anderer Völker achtet und auf rechtlich einwandfreiem Boden steht. Das heißt nunmehr auch: Die gegenüber der damaligen Sowjetunion eingegangenen Verpflichtungen werden beachtet und eingehalten, auch wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Eingehung nicht durch völkerrechtlich bindende, ratifizierte Verträge untermauert wurden.

Alle Staaten, die demnach seit 1989 absprachewidrig in die Nato aufgenommen wurden, erhalten nach eigenem Gutdünken und dem Willen der Deutschen Mitte dreiseitig erarbeitete Sicherheitslösungen, die Regierungen und Völkern in ihrem Friedenswillen und ihrer Sehnsucht nach Freiheit, Selbstverwirklichung und gesichertem Wohlstand dienen. Die drei Verhandlungspartner sind jeweils: Nato, Russland und das betroffene Volk, für das eine Regelung getroffen werden soll. Übergangsweise, bis zur Erreichung dieser neuen europäischen Friedensordnung, erlegen sich alle Beteiligten höchste politische und militärische Zurückhaltung auf.

2. Die am 23. September 2008 geschlossene UNO-Nato-Vereinbarung, die ungerechtfertigt, unrechtmäßig und gefährlich der Nato eine Sonderrolle in internationalen Konflikten zuweist, wird gestrichen und gilt nicht mehr. Die Nato soll nach dem Willen der Deutschen Mitte keinerlei Vorrangrolle in der Welt einnehmen, die sich auf finanzielle und militärische Macht ihrer Mitglieder stützt. Die Ausrüstung der UNO mit Sicherheitskräften für angemessene Einsätze, die durch ihre Mitglieder rechtmäßig beschlossen wurden, wird nach dem Willen der Deutschen Mitte künftig weltweit einvernehmlich, fair und gerecht geregelt.

3. Eine Doktrin, die, als "responsibility to protect – r2p" getarnt, dazu dienen kann, andere Staaten anzugreifen, die ohne die Existenz dieser Doktrin nicht angegriffen oder in deren innere Verhältnisse keine Eingriffe zulässig werden könnten, darf in der jetzigen Form und Gestaltungsweise keinen Bestand haben und ist durch einen Kanon fairer, friedlicher Verhandlungsschritte im Sinne und zum Nutzen aller Menschen und durch Maßnahmen sinnvoller und korrekter Öffentlichkeitsarbeit zu ersetzen – unter maßvoller Mitwirkung der Nato.

4. Die Sicherung von Rohstoffbeschaffung und -versorgung sowie wirtschaftlichen Wohlstands und wirtschaftlicher Entwicklung ist nur insoweit Gegenstand der Verteidigungspolitik, als faire und gerechte politische und diplomatische Schritte, die stets die Souveränität anderer Völker achten, die Grundlage deutscher Außenpolitik bilden.

Diese Standpunkte bezieht die Deutsche Mitte in der Hoffnung, dass dadurch der weltweite Frieden, das gesunde und glückliche Miteinander der Völker und Menschen weltweit gestärkt werden möge.

Der formelle Akt des Nato-Austritts soll nach einer angemessenen Frist von etwa zwei Jahren erfolgen, wenn mit allen bisherigen Verbündeten eindeutig und klar feststeht, dass die Nato sich nicht auf den Weg begibt, die oben genannten Ziele unverzüglich und tatsächlich anzugehen und umzusetzen. Innerhalb dieser Frist wird Deutschland nach dem Willen der Deutschen Mitte:

1. nach früherem französischem Vorbild seine Streitkräfte umgehend aus der Nato-Kommandostruktur herausnehmen – jedoch unter Beachtung von freundschaftlich erreichten Übergangsregelungen.

2. eine neue Sicherheitsarchitektur für Deutschland und Europa anstreben, die ihren Kern in Europa trägt, dessen festen und integralen Bestandteil auch unsere russischen Nachbarn bilden.

Die Deutsche Mitte betreibt ab sofort und grundsätzlich keine Außenpolitik, zu deren Durchsetzung deutsche oder Nato-Streitkräfte das gemeinsame Verteidigungsgebiet ohne Vorhandensein eines UN-genehmigten Verteidigungsfalles (Sicherheitsrat) verlassen müssten. Bei Anforderung deutscher Truppen oder sonstiger Unterstützungsleistungen durch einzelne oder mehrere Nato-Partnerländer ist vorher glaubwürdig zu prüfen, ob diese Nato-Mitglieder zuvor friedensstörend gewirkt haben.

Sicherheit gelingt glaubwürdig, gemeinschaftlich und global am besten – dies vor allem dann, wenn soziale Aufgaben gelöst sind. Deutschland erwachsen hier auf Grund seiner Mittellage innerhalb Europas und darüber hinaus besondere friedenswahrende politische Aufgaben und Chancen.

Vor allem mit Russland – aber in der Zukunftsperspektive auch mit anderen in Frage kommenden Partnerländern und Staatengruppen in Asien, Südamerika (Alba) und Afrika – sind in Ergänzung zu anderen Vertragswerken in Europa und/oder mit der Nato ein oder mehrere Rückversicherungsverträge und –partnerschaften anzustreben mit Wirkung für den Fall, dass einzelne Nato-Partner in der Friedensausrichtung ihrer Politik nachlassen.

Mit Russland ist unter Wahrung sicherheitspolitischer Erwägungen eine sofortige Visafreiheit einzurichten, um die Menschen im Interesse von Frieden und Demokratie schnell und freundschaftlich zusammenzubringen. Außerdem sind nach dem Vorbild der unverzichtbaren deutsch-französischen Freundschaft intensive zivilgesellschaftliche Kontakte einzurichten.

3.3. Rüstungs-, Atom- und Weiterverbreitungspolitik

Deutschland setzt sich für das langfristige Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen ein. Nukleare Abrüstung ist eine Aufgabe aller Staaten, vorrangig solcher mit Nuklearwaffen. Der Besitz dieser Waffen darf nicht dazu führen, andere Länder gewaltsam von deren Erwerb abzuhalten. Vielmehr ist eine freundschaftliche Sicherheits- und Wirtschaftspartnerschaft so anzulegen, dass die Notwendigkeit für eine Nuklearrüstung entfallen kann. In jüngster Zeit haben Bundesregierungen zunehmend das Kriegswaffenkontrollgesetz gebrochen – diese Praxis ist umgehend zu beenden.

Deutschland ist weltweit ein wichtiger Rüstungsexporteur. Diese Strategie ist anzupassen: Künftig soll Deutschland verstärkt auf defensive Waffentechnik und eine verringerte Abhängigkeit vom Rüstungsexport achten. Grundlage bleibt die hier in Umrissen vorgestellte neue deutsche und europäische Sicherheitsdoktrin.

3.4. Bisherige Bündniseinsätze

In Afghanistan, auf dem Westlichen Balkan oder bei der Piraterie-Bekämpfung am Horn von Afrika hat sich Deutschland militärisch engagiert – zur Umsetzung von Beschlüssen der Vereinten Nationen. Sämtliche Einsätze werden überprüft und gegebenenfalls angepasst.

3.4.1. Afghanistan

Deutschland wird sein militärisches Engagement in Afghanistan mit geeigneten Übergangsregelungen für Nato-Partner, afghanische Mitarbeiter und die bisherige Aufbauhilfe umgehend und vollständig beenden. Afghanistan ist mit zivilen Mitteln und einer internationalen Sicherheitspartnerschaft regionaler und überregionaler Staaten so zu stärken, dass es in der Zukunft eine größere, jedoch strikt defensive, Unabhängigkeit von seinen Nachbarn erlangen kann als bisher. Hierfür übernimmt Deutschland, wenn und soweit dies von Afghanistan gewünscht und für sinnvoll erachtet wird, eine besondere, friedensorientierte Patenrolle, die der historischen Freundschaft und der damals zwischen beiden Völkern gewachsenen, gegenseitigen Zuneigung entspricht.

3.4.2. Balkan

Auf dem Balkan wird Deutschland nach afghanischem Muster seine Truppen ebenfalls unter allen notwendigen Übergangsregeln kurzfristig zurückziehen. Hier sind insbesondere gegenüber Serbien, jedoch darüber hinaus auch mit mehreren anderen Völkern, auf verschiedene Weise unterschiedliche Verpflichtungen entstanden. Die dabei beförderte, grassierende Korruption ist umgehend zurückzudrängen – auch innerhalb Deutschlands, vor allem in Hamburg. Gerechter Friede in enger nachbarschaftlicher Verbindung der Balkanstaaten untereinander soll eine selbsttragende, gemeinsame Sicherheit frei von überregionaler Bevormundung etablieren. Grundlage dafür sind die berechtigten Wünsche und Leistungen der betroffenen Staaten. Die Deutsche Mitte setzt sich dafür ein, dass alle bisherigen Nato-Truppensteller und maßgeblichen Wirkungskräfte übergangsweise in uneigennützigem finanzieller und wirtschaftlicher Form diese neuen, nachhaltigen Schritte unterstützen.

3.4.3. Horn von Afrika – Piraterie

Die Piraterie am Horn von Afrika sieht die Deutsche Mitte als Symptom internationaler Ausbeutungspolitik – reine Symptombekämpfung lehnen wir ab. Gegenmaßnahmen sind deshalb möglichst global und gemeinschaftlich mit allen interessierten Staaten zu organisieren – und mit sinnvollen und uneigennütigen Hilfsmaßnahmen in den Herkunftsländern der Piraten zu begleiten.

3.5. Nahostkonflikt

Auch dem Nahostkonflikt widmet die Deutsche Mitte besondere Aufmerksamkeit. Neben der Unterstützung beim Aufbau staatlicher Strukturen in den palästinensischen Gebieten unterstützt Deutschland die Anstrengungen des Nahost-Quartetts, direkte Verhandlungen der Konfliktparteien in Gang zu bringen. Grundlage dafür ist die Unterstützung der Einheit aller Palästinenser ohne Benachteiligung des Gazastreifens und der demokratisch gewählten Hamas-Regierung und unter Respektierung der derzeitigen Strukturen im Westjordanland. Eine deutsche Sonderverpflichtung für Israels „Sicherheit“ besteht nicht.

Die Deutsche Mitte bekennt sich jedoch ausdrücklich zu einer Verantwortungspartnerschaft mit allen Menschen jüdischen Glaubens weltweit. Diese Partnerschaft setzt ein politisch verantwortungsvolles, ethisches, nicht-aggressives Verhalten von Angehörigen dieser Minderheit voraus. Im Gegenzug setzt sich die Deutsche Mitte ein für eine vorrangige, rasche und unbürokratische Gewährung der deutschen Staatsangehörigkeit an solche jüdische Bürger Israels, die keine Kapitalverbrechen begangen haben, insbesondere nicht an Palästinensern, bis zu einer sinnvollen jährlichen Höchstgrenze.

Grundsätzlich ist bis 2015 eine Frist für die Erreichung der so genannten „Zwei-Staaten-Lösung“ zu gewähren. Danach wird sich die Deutsche Mitte für eine international vor allem im Sicherheitsbereich einvernehmlich garantierte Ein-Staaten-Lösung einsetzen: unter vollem Rückkehrrecht für alle Palästinenser und völliger innenpolitischer Gleichberechtigung („one man – one vote“). Den besonderen Sicherheitsbedürfnissen der jüdischen Bevölkerung ist dabei gemeinschaftlich Sorge zu tragen.

Der Einsatz für eine Ein-Staaten-Lösung richtet sich keineswegs gegen eine mögliche künftige Zweistaatenlösung. Vielmehr geht es darum, den Druck für gerechte und faire Lösungen in Nahost grundsätzlich weiter zu erhöhen.

Als Nach dem Massaker im Gaza-Streifen durch israelische Truppen im Sommer 2014 setzt sich die Deutsche Mitte für die deutsche und weltweite Teilnahme am Programm BDS (= Boykott, Desinvestment, Sanktionen) ein. Diese Teilnahme soll gelten, bis:

- zum Ende der rechtswidrigen israelischen Blockade des Gaza-Streifens
- zum Ende der wirtschaftlichen Schädigung des Gaza-Streifens
- zur Freilassung aller Kinder in israelischer Haft
- zur Freilassung aller Palästinenser, deren Inhaftierung in oder durch Israel nach zweifelhaften Verfahren erfolgt ist
- zur vollständigen und rückhaltlosen, zweifelsfreien Aufklärung der Teenager-Morde vom 12. Juni 2014
- Ende der wirtschaftlichen Schädigung Palästinas durch Beschneidung von Fischereirechten und rechtmäßigen Anteilen an der Ausbeutung von Bodenschätzen wie Öl und Gas, ungerechter Wassernutzung und vieles mehr
- Ende der unberechtigten Siedlungstätigkeit Israels auf palästinensischem Land

3.6. Iran

Beim Thema des iranischen Nuklearprogramms bemüht sich Deutschland in engem Schulterschluss mit Frankreich, Großbritannien und den USA um eine deutliche und einheitliche Haltung gegenüber Iran: Sämtliche Embargos gegen Iran sind unverzüglich aufzuheben, Deutschland kann sich grundsätzlich an einseitigen internationalen Benachteiligungen nicht mehr beteiligen. Dem Iran wird das Recht auf die Entwicklung eines friedlichen Atomprogramms zugesichert. Gleichzeitig erhält Iran sehr umfangreiche Zusicherungen und Sofort-Lieferungen gewünschter Güter für den Verzicht auf weiteren Ausbau – aus Gründen des regionalen Umweltschutzes.

Iran wird freundschaftlich ermuntert, bei Einsetzen der positiven Wirkungen der oben erwähnten Politik stärker als bisher gegen Menschenrechtsverletzungen und Jugendarbeitslosigkeit zu wirken.

3.7. Syrien

Vorrang für deutsche Politik erhält die Sicherheit aller Menschen, insbesondere der christlichen Minderheit. Dies ist nur gemeinsam mit der syrischen Regierung zu erreichen. Deutschland wird sich nach dem Willen der Deutschen Mitte an weiteren Maßnahmen zur Destabilisierung Syriens nicht beteiligen und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch auf alle Freunde einwirken, dies künftig zu unterlassen. Sämtliche Embargos gegen Syrien sind gegen freundschaftlich vereinbarte menschliche Erleichterungen sofort aufzuheben. Waffen- und Ausrüstungs- oder Logistikhilfe jeder Art, die geeignet sein könnte, die regionale Lage zu verschärfen, ist nach verfassungsmäßiger und gesetzlicher Maßgabe sofort einzustellen.

3.8. Irak

Im Irak sind alle Schritte zu unterlassen, die geeignet sind oder sein könnten, die bestehenden Staaten und ihre Ordnungen weiter zu untergraben. Waffenlieferungen sind gemäß deutschem Außenwirtschaftsgesetz zu unterlassen. Unterstützungen sind entweder rein humanitär oder an staatliche Organisationen zu leisten, jedoch stets in gutem und fairem Einvernehmen mit allen beteiligten Regierungen.

4. Neue Kraftzentren und die Gestaltung der Globalisierung

4.1. Gerechte Globalisierung

Die Deutsche Mitte setzt sich dafür ein, die Chancen der Globalisierung zu nutzen und ihre Risiken zu minimieren. Es geht um verbindliche Regeln für sozialen Ausgleich, gerechte Rohstoffnutzung, Natur- und Umweltschutz, Wasser- und Ernährungsfragen, gerechte Bildungs- und Wirtschaftschancen sowie Migration und Internetfreiheit. Handelsabkommen wie TTIP, TISA und CETA sind nach Form und Inhalt aus vielen grundsätzlichen Erwägungen heraus dringend abzulehnen. Neugestaltungen von Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsordnungen durch internationale Handelsverträge werden grundsätzlich nicht akzeptiert. Diese Entscheidungsmacht darüber steht nach dem Willen der Deutschen Mitte einzig und allein dem Souverän zu, dem deutschen Volk.

4.2. Missbräuchliche Spekulation

Internationale Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln ist schnellstmöglich unter Strafe zu stellen und wirksam zu unterbinden. Rohstoffe gehören grundsätzlich den auf ihnen lebenden Völkern und Menschen – und sind nach UN-überwachten Grundsätzen von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit weltweit offen anzubieten.

4.3. Neue Partnerschaften

Auch wenn Europa und die transatlantische Partnerschaft sowie globale vertragliche Ergänzungen Grundpfeiler deutscher Außenpolitik bleiben und werden, nimmt die deutsche Außenpolitik zusätzlich den Auf- und Ausbau von Partnerschaften mit den neuen Kraftzentren wie China, Indien und Brasilien in den Blick. Auch mit Afrika sollen engere Partner- und Freundschaften begründet werden. Bestehende Regionalkonzepte werden entsprechend angepasst oder neu erstellt.

4.4. Verschiedenes

Eingebettet in die "Strategischen Partnerschaften" der EU – jedoch auch darüber hinaus – verfolgt Deutschland einen umfassenden Ansatz, der auf die Instrumente der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, verstärkte Wirtschaftsförderung und Regierungskonsultationen - wie sie 2011 erstmals mit China und Indien stattgefunden haben - setzt.

Der Dialog mit dem wichtigen Partner Türkei wird fortgesetzt, Regionalkonzepte für Lateinamerika und Afrika sind zu überarbeiten.

Deutschland lebt von seiner Offenheit und Vernetzung. Die Bundesregierung hat daher erste Schritte zu einer weniger bürokratischen Visapolitik eingeleitet.

Der Respekt für Menschenrechte ist die beste Friedenspolitik. Werben für die unveräußerlichen und universellen Menschenrechte ist wichtiger Teil einer wertorientierten Außenpolitik.

Deutsche humanitäre Hilfe wird fortgesetzt und dafür das technische Hilfswerk besser gefördert (Refinanzierung: Geldschöpfung der öffentlichen Hand).
